
Vorstoss-Nr: 052-2011
Vorstossart: **Interpellation**
Eingereicht am: 02.02.2011
Eingereicht von: Luginbühl-Bachmann (Krattigen, BDP) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 0
Dringlichkeit:
Datum Beantwortung: 06.07.2011
RRB-Nr: 1177/2011
Direktion: BVE

Nachweise des Ausbildungsengagements bei öffentlichen Aufträgen durch den Kanton Bern



Auf Fragen betreffend Nachweise des Ausbildungsengagements bei öffentlichen Aufträgen durch den Kanton vernimmt man vom Regierungsrat wiederholt, dass die zuständige Direktion (BVE) die einheitlichen Massstäbe konsequent anwendet und umsetzt und auch zukünftig bei Auftragsvergaben darauf achten will und achten wird.

Seit dem Jahre 2003 werden den Submissionsunterlagen an die Unternehmungen auch Formulare beigelegt, die über die Anzahl Lehrlinge im Betrieb Auskunft verlangen. Mit einer aufwändigen und ausgeklügelten Formel wird anschliessend errechnet, welcher Betrag den Unternehmern vom Endpreis der Offerte in Abzug gebracht werden kann, wenn Lehrstellen angeboten werden.

Nach der Wirtschaftskrise geht es zum heutigen Zeitpunkt allgemein auch den Unternehmungen im Kanton Bern wieder besser.

Die gute Ausbildung unserer jungen Personen bleibt aber auch weiterhin ein wichtiger Faktor für den Kanton Bern. Lehrbetriebe spielen dank ihres Lehrstellenangebots für junge Menschen sowohl für die Wirtschaft als auch für die Gesellschaft eine wichtige Rolle und sind somit eine unverzichtbare Stütze.

Leider fehlen den Lehrbetrieben die Nachweise für die effektiven Vergaben der Arbeiten und somit auch, dass auf Worte der Regierung tatsächlich Taten folgen.

Aus Gründen der Transparenz und allgemeinen Information zuhanden der Betriebe, die sich immer wieder dem aufwändigen Submissionsverfahren stellen, ersuche ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Betriebe mit Ausbildungsplätzen für Lehrlinge im Kanton Bern bekamen während der letzten fünf Jahre explizit wegen der Lehrlingsausbildung den Zuschlag für Aufträge der öffentlichen Hand?
2. Wie gross ist der Anteil der Vergaben der Arbeiten an Betriebe mit Ausbildungsplätzen im Gesamtsubmissionsvolumen während der letzten 5 Jahre?
3. Gibt sich der Regierungsrat diesbezüglich Ziele vor? Wenn ja, wurden diese erreicht? Wenn nein, was beabsichtigt der Regierungsrat zu tun, um die Ziele zu erreichen?
4. Wie und wo werden diese Zahlen kommuniziert?

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat stimmt der Interpellantin darin zu, dass Lehrbetriebe für Wirtschaft und Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen. Die bisherigen Fördermassnahmen im Bereich der öffentlichen Beschaffungen sollen deshalb beibehalten werden. Der Regierungsrat ist aufgrund der vorliegenden Ergebnisse der Ansicht, dass sich der (geringe) Zusatzaufwand zugunsten der expliziten Bevorzugung von Lehrbetrieben lohnt.

Im Zusammenhang mit der vorliegenden Interpellation hat das Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) das seit Juli 2008 laufende Projekt "Bonus für Lernende" im Detail zahlenmässig ausgewertet.

Gestützt darauf können die Fragen der Interpellantin wie folgt beantwortet werden:

Zu Frage 1:

Seit Juli 2008 haben, bei rund 1'150 Beschaffungen, 38 Betriebe den Zuschlag aufgrund des Bonus' erhalten, was zu Mehraufwendungen von rund 130'000 Franken geführt hat. Ohne Bonus wären die Aufträge an Firmen mit weniger (oder keinen) Lernenden vergeben worden.

Zu Frage 2:

Aufgrund der Detailauswertung des AGG lässt sich feststellen, dass rund 90 Prozent der erteilten Aufträge im Hochbaubereich an Firmen gingen, die Ausbildungsplätze für Lernende anbieten. Das Amt für Geoinformation meldet, dass die ihm bekannten Vermessungsbüros immer auch Lernende beschäftigen.

Zu Frage 3:

Das Projekt "Bonus für Lernende" wurde im Rahmen der Umsetzung der mit grossem Mehr überwiesenen Motion 175/2006 Guggisberg "Gezielte Anreize für Betriebe zur Lehrlingsausbildung" gestartet. Quantitative Ziele wurden noch keine festgelegt, da es zuerst darum ging, die Tauglichkeit des Instruments zu prüfen.

Aufgrund der bisherigen praktischen Erfahrungen und der nun vorliegenden Detailauswertung ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die grundsätzlich angestrebten Ziele erreicht wurden und eine breitere Anwendung sinnvoll ist. Nebst der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion haben bereits einzelne andere Direktionen das Instrument bei öffentlichen Beschaffungen eingesetzt.

Zu Frage 4:

Die angegebenen Zahlen werden erstmals im Rahmen dieser Interpellationsantwort veröffentlicht.

An den Grossen Rat